



GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER



Jahresbericht
2022

	3	Editorial
Das Jahr 2022	4	
	6	KAMPAGNEN & PROJEKTE Gold
KAMPAGNEN & PROJEKTE Brasilien	8	
	10	KAMPAGNEN & PROJEKTE China
KAMPAGNEN & PROJEKTE Arktis	12	
	14	News
FINANZBERICHT Betriebsrechnung Leistungsbericht Bilanz	16–19	

Editorial

Das Jahr 2022 war von grossen Herausforderungen geprägt. Der Austausch mit unseren Partner:innen vor Ort, die sich für die Rechte von indigenen Gemeinschaften und Minderheiten einsetzen, zeigte: Menschenrechtsverteidiger:innen stehen unter Druck – sei es in Russland, in Brasilien oder im Exil.

Zum Beispiel Russland: Mit dem aggressiven Krieg gegen die Ukraine hat sich die Menschenrechtssituation auch in Russland verschärft. Menschenrechtsverteidiger:innen geraten immer mehr in den Fokus der staatlichen Repression. Manche unserer Partner:innen mussten aus Russland fliehen und setzen sich nun aus dem Exil für die Rechte indigener Gemeinschaften ein. Dafür haben sie das Exil-Netzwerk für Indigene Russlands, das ICIPR gegründet. Wir unterstützen das ICIPR als Partnerin seit dem Beginn und arbeiten eng mit dem ICIPR zusammen, um den indigenen Einsatz für Menschenrechte auch in Kriegszeiten zu stärken.

Menschenrechte sind auch im brasilianischen Amazonas unter Druck: Unternehmen missachten die Rechte und Territorien indigener Gemeinschaften, um ihren Geschäften nachzugehen. Die Spuren dieser Geschäfte führen auch in die Schweiz, wie wir aufzeigen und damit die Debatte um Konzernverantwortung in der Schweiz mitprägen konnten. Wir unterstützen unsere Partner:innen im brasilianischen Amazonas aber auch ganz konkret. Auch dann, wenn diese wie unsere Partnerin Maria Leusa Mundurukú bedroht werden und herbe Rückschläge erfahren – im letzten Jahr konnten wir sie rechtlich und mit finanziellen Mitteln dabei unterstützen, ihre Situation zu stabilisieren.

Die Menschenrechtssituation in China ist bekannt: Wir fordern die Schweizer Politik auf, endlich Konsequenzen zu ziehen. Um den Druck dafür weiter zu erhöhen, unterstützen wir uigurische und tibetische Partner:innen dabei, die internationale Gemeinschaft aufzurütteln. So berichteten uigurische Überlebende der Zwangslager in Ostturkestan (chin. Xinjiang) an mehreren Podien in Schweizer Städten über das Erlebte – trotz Risiken. Die Wahrheit erzählen: Ein Kraftakt.

Menschenrechtsarbeit braucht einen langen Atem. Wir konnten auch 2022 unseren Partner:innen zur Seite stehen. Wie diese Zusammenarbeit aussieht und welche Momente uns dabei in besonderer Erinnerung bleiben, möchten wir gerne mit Ihnen teilen - und uns **herzlich für Ihre Unterstützung bedanken**.



Christoph Wiedmer
Co-Geschäftsleiter



Lisa Mazzone
Präsidentin



IMPRESSUM

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz

Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch

Spendenkonto: Berner Kantonalbank BEKB: IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1

Texte: Reta Barfuss, Irene Gurtner, Dominique Schärer, Jochen Wolf

Layout: Tania Brügger Marquez

Redaktion: Reta Barfuss, Dominique Schärer

Foto Titelseite: Thomaz Pedro

Das Jahr 2022

Mit folgenden Personen hat die GfbV im Jahr 2022 den Kampf für die Rechte von Indigenen und Minderheiten unterstützt. Sie erreichte eine hohe Medienpräsenz und gestaltete die Menschenrechts-Debatten in der Schweiz mit.



**In 5 Ländern
aktiv**



«Russland missachtet nicht
bloss unsere Rechte, sondern
zerstört auch unsere
Territorien, unsere Dörfer
und unsere Leben.»

Yana Tannagasheva
Aktivistin und Angehörige
der Schor, Russland



**3 Delegationen von
Indigenen in der
Schweiz**



«Ich habe den jungen
Mädchen im Lager verspro-
chen, alles zu erzählen und
öffentlich zu machen, was
dort geschieht, wenn ich
freikomme.»

Gulbahar Jalilova
Uigurische Aktivistin und Zeugin
der Zwangslager in Ostturkestan



**7 öffentliche
Veranstaltungen**



**Beitrag zu 217 509
Petitions-Unterschriften**



«Auch die Schweiz
hat Blut
an den Händen.»

Maria Leusa Mundurukú
Aktivistin zum Thema Gold
und indigene Leaderin



**5 aktive
Kampagnen**



«Ich erwarte von der
Schweizer Regierung, dass
sie gegen die Ungerech-
tigkeiten vorgeht, die an
meinem Volk und meiner
Heimat verübt werden.»

Gulbahar Haitiwaji
Uigurische Aktivistin und Zeugin der
Zwangslager in Ostturkestan



**1 Rekurs vor dem
Bundesgericht**



**16 000
Unterstützer:innen**



«Wir müssen gemeinsam
für die Wahrheit kämpfen
und sie aussprechen, gerade
jetzt, wenn die Hoffnung
schwindet.»

Andrey Danilov
Exil-Aktivist und Angehöriger
der Sámi, Russland



**13 verschickte
Medienmitteilungen**

Schweiz/Brasilien: No Dirty Gold!

Im brasilianischen Amazonas findet ein Gold-Boom statt – mit verheerenden Folgen für Mensch und Natur. Auch Schweizer Akteur:innen mischen mit: Der Goldplatz Schweiz ist immer noch nicht sauber. Um dies zu ändern, zog die GfbV ein Verfahren für mehr Transparenz bis vor Bundesgericht.

Foto: Daniëlle Limiger



Maria Leusa Mundurukú bekämpft den illegalen Goldabbau im brasilianischen Amazonas.

Tätigkeiten

Abgeholzter Regenwald, vergiftete Flüsse, Krankheit sowie Gewalt und Elend für Indigene: Das sind die Auswirkungen des Goldrausches im brasilianischen Amazonas. Am eigenen Leibe erfahren hat dies die Aktivistin Maria Leusa Mundurukú, Vertreterin der indigenen Mundurukú in der Region Tapajós. Seit Jahren kämpfen sie und ihre Gemeinschaft gegen illegale Goldschürfer. Anfang Mai besuchte Maria Leusa Mundurukú mit einer Delegation im Rahmen einer Europatour auch die Schweiz, denn hier wird ein grosser Teil des Goldes gehandelt und verarbeitet. Doch der Goldplatz Schweiz ist immer noch nicht sauber: Dies wurde deutlich, als fünf Tonnen risikobehaftetes Gold 2021 aus dem brasilianischen Amazonas in die Schweiz gelangten.

Nachdem illegale Goldschürfer das Dorf von Maria Leusa Mundurukú im Mai 2021 in Brand gesetzt hatten, unterstützte die GfbV die indigenen Mundurukú beim Wiederaufbau und reichte bei der Uno ein «Special-Procedures»-Verfahren ein, um für Maria Leusa Mundurukú, ihre Gemeinschaft und weitere Umweltaktivist:innen eine Analyse vor Ort einzuleiten und Schutzmassnahmen vom brasilianischen Staat einzufordern.

Erfolge

Nach einem von der GfbV vermittelten Gespräch mit der brasilianischen Delegation veröffentlichten fünf grosse Goldraffinerien und die Schweizerische Vereinigung der Edelmetallfabrikanten und -händler ein wegweisendes Statement: Sie verurteilten den illegalen Bergbau im Amazonas und betonten, dass indigene Gemeinschaften bei wirtschaftlichen Vorhaben einbezogen werden müssen – ein Novum für die Branche. Dies zeigt: Das langjährige Engagement der GfbV zahlt sich aus.

Ausblick

Um Transparenz über die Gold-Importe zu erreichen, verfolgt die GfbV seit 2018 ein juristisches Verfahren gegen vier grosse Schweizer Goldraffinerien. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht im März den Antrag der GfbV abgelehnt hatte, reichte diese beim Bundesgericht Rekurs ein. Die GfbV erwartet das Urteil 2023 und wird die Entwicklungen im Schweizer Goldsektor weiterverfolgen.

2012
Erster GfbV-Bericht, der auf die Missstände im Goldgeschäft hinweist. In den folgenden Jahren kamen mehrere Berichte hinzu.

2019
Die Eidgenössische Zollverwaltung kommt einem Antrag der GfbV nach und verfügt über die Offenlegung der Goldlieferanten der grössten Schweizer Raffinerien von 2014 bis 2017. Die Goldraffinerien legen Rekurs ein.

März 2019
Metalor, eine der grössten Schweizer Goldraffinerien, steigt aus dem Handel von Gold aus unkontrolliertem Kleinbergbau aus.

März 2022
Das Bundesverwaltungsgericht lehnt den Antrag der GfbV zur Transparenz zu Gold-Importen ab, mit Verweis auf das Steuergeheimnis.

Mai 2022
Die GfbV geht vor Bundesgericht und reicht gegen den Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts Rekurs ein. Ein Erfolg würde die Transparenz des Goldplatzes Schweiz deutlich erhöhen.

Juni 2022
Nach dem Besuch einer brasilianischen Delegation veröffentlichten fünf grosse Goldraffinerien und die Schweizerische Vereinigung der Edelmetallfabrikanten und -händler ein wegweisendes Statement und verurteilen den illegalen Bergbau.

Brasilien: «Hände weg vom Amazonas!»

Eine neue Recherche der GfbV zeigt, dass die UBS umstrittene Agrarkonzerne in Brasilien mitfinanziert hat. Neben dem öffentlichen Druck auf die Akteur:innen der Amazonas-Abholzung unterstützte die GfbV weiterhin betroffene Gemeinschaften beim Kampf um Rechte und die Anerkennung ihres Lebensraums.

Foto: Thomaz Pedro



Marcele Mundurukú wehrt sich gegen die Abholzung am Unteren Tapajós in Brasilien.

Tätigkeiten

Die UBS hat über ihre brasilianische Investmentbank die beiden Agrarkonzerne Marfrig und BrasilAgro mit Geld globaler Investoren versorgt. Beide Unternehmen sind – oder waren zumindest – in unerlaubte Abholzung, Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen verwickelt. Dies zeigt eine neue Recherche der GfbV, welche sie mit einer Web-Story und einem Erklär-Video zugänglich machte.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit unterstützte die GfbV weiterhin konkret indigene Partnerorganisationen beim Kampf um ihre Rechte: Sie stärkt die Mundurukú-Organisation Pariri und die Tupinambá-Organisation CITUPI in der Tapajós-Region (Pará). Pariri will ein Gemeinschaftszentrum eröffnen, neue Stellen schaffen und das Netzwerk der umliegenden Dörfer stärken. Bei den Tupinambá finanziert die GfbV politische Versammlungen und die Protestaktion «Grito Ancestral» (dt. Schrei der Ahnen) gegen das illegale Holzgeschäft. Zudem unterstützt die GfbV ein Kakaoprojekt im Norden Brasiliens, um jungen Yanomami eine Einkommensmöglichkeit zu bieten.

Erfolge

Die Recherche der GfbV zur UBS-Finanzierung umstrittener Agrarkonzerne wurde von grossen Medien aufgegriffen. Die GfbV arbeitete beim UBS-Fall erfolgreich mit der Koalition Konzernverantwortung zusammen: Das Erklär-Video wurde auf Social Media weit verbreitet und die GfbV unterstützte via ihre Informationskanäle die Petition für ein Konzernverantwortungsgesetz.

Die GfbV hat Crowdfundings für Partnerorganisationen organisiert und die Durchführung von Workshops zur Menschenrechtsbildung indigener Gemeinschaften unterstützt. Innerhalb von drei Jahren haben neun Workshops mit jeweils knapp 60 Teilnehmer:innen stattgefunden. Mit dieser zuverlässigen Unterstützung über mehrere Jahre stärkt die GfbV ihre Partner:innen langfristig.

Ausblick

Ende der Ära Bolsonaro: Äusserst knapp wurde Ende Oktober der linke Luiz Ingácio Lula da Silva zum zweiten Mal ins Präsidentenamt gewählt. Damit ändert sich die Ausgangslage für indigene Gemeinschaften in Brasilien, um ihre Rechte einzufordern. Die GfbV wird ihre Partnerorganisationen auch weiterhin dabei unterstützen.

Januar 2019 In Brasilien tritt der ultrarechte Jair Bolsonaro sein neues Amt als Präsident an.

● **November 2019** Die GfbV lanciert ihre Kampagne «Hände weg vom Amazonas», um die indigenen Gemeinschaften in ihrem Kampf um Menschenrechte und den Erhalt des Amazonas zu stärken.

● **September 2021** Die GfbV veröffentlicht einen Bericht zu geplanten unverhältnismässigen Infrastrukturbauten im Tapajós-Gebiet.

● **Oktober 2021** Besuch einer Delegation aus Brasilien und Veröffentlichung des Films «Bedrohter Tapajós» über die geplanten Infrastrukturprojekte im Amazonas.

● **September 2022** Die GfbV zeigt auf, wie die UBS umstrittene Agrarunternehmen in Brasilien mitfinanziert und so zur Abholzung des Amazonas beiträgt.

● **Oktober 2022** Brasilien wählt den linken Ex-Präsidenten Luiz Ingácio Lula da Silva zum zweiten Mal ins Präsidentenamt. Dies bedeutet vorsichtige Hoffnung für Umweltschutz und Menschenrechte.

China: Freie uigurische Gemeinschaft statt Freihandel mit China

Auch 2022 blieb der Bundesrat passiv: Trotz weltweiter Kritik schieg er zu Chinas Winterolympiade. Zudem fällt die Schweiz weit hinter die EU und USA zurück hinsichtlich der Bemühungen gegen den Import von Waren aus Zwangsarbeit. Doch in Parlament und Zivilgesellschaft regt sich Widerstand; und die GfbV und uigurische Aktivist:innen nutzten das Momentum.



Foto: René Torres / GfbV

Die uigurischen Aktivist:innen Gulbahar Jalilova, Asgar Can und Gulbahar Haitiwaji.

Februar 2022 Wegen seiner ausbleibenden Kritik an China verleihen die GfbV, tibetische und uigurische Organisationen dem Bundesrat zur Pekinger Winterolympiade die «Goldmedaille im Schweigen».

Mai 2022 Geleakte behördliche Fotos und Dokumente zeigen das brutale Ausmass staatlicher Gewalt in Ostturkestan.

August 2022 Der Ostturkestan-Bericht der UN-Hochkommissarin Michelle Bachelet erscheint mit grosser Verzögerung und thematisiert die Menschenrechtsverletzungen. China bekämpfte die Veröffentlichung und bezeichnet ihn als unwahr.

Tätigkeiten

An der Winterolympiade 2022 inszenierte sich Peking als weltoffen, verschärfte aber die Repression gegen ethnische und religiöse Gemeinschaften in Ostturkestan und Tibet. Da der Bundesrat trotz weltweiter Kritik schieg, verlieh ihm die GfbV mit uigurischen und tibetischen Organisationen die «Goldmedaille im Schweigen».

Zentral für die GfbV war die Solidarität mit den Partner:innen: Sei es an gemeinsamen Strategie-Workshops, bei Protesten des Weltkongress der Uiguren in Genf oder bei einer Aktion der Tibet-Organisationen beim IOK in Lausanne. Höhepunkt war der Besuch zweier Uigurinnen in der Schweiz: Die beiden Überlebenden der Zwangslager in Ostturkestan berichteten an Podien, im Parlament und an der Uno von ihrer kaum vorstellbaren widerrechtlichen Inhaftierung und Folter.

Erfolge

Die GfbV brachte in Schweizer Medien Expertise und die Stimmen der uigurischen Partner:innen ein. Eng begleitete sie die parlamentarische Arbeit zur Verantwortung der Schweiz in China und trat als Vermittlerin zwischen Politik und betroffenen Gemeinschaften auf. Dieses langfristig orientierte Engagement zahlt sich aus: Bis ins wirtschaftsfreundliche Lager hinein fordern nun Politiker:innen konkrete Massnahmen gegen Chinas massive Repression und für verantwortungsvolles Wirtschaften. So fand ein Vorstoss von Corina Gredig (ZH/GLP) gegen den Import von Waren aus chinesischer Zwangsarbeit Zustimmung in den Rechtskommissionen beider Räte.

Ausblick

Die GfbV verstärkt ihr Engagement zur Menschenrechtslage in China. Der Bundesrat muss Menschenrechte endlich höher als Profit gewichten. Die Schweiz muss sich auch im UNO-Sicherheitsrat konsequent für Menschenrechte einsetzen. Genau hinschauen wird die GfbV auch bei den kommenden Finanzmarkttreffen zwischen China und der Schweiz. Sie wird sich für eine Sistierung des Freihandelsabkommens und eine effektive Gesetzgebung für die Sorgfaltsprüfung von Unternehmen hinsichtlich Zwangsarbeit einsetzen. Weiterhin dokumentiert sie Verbrechen in Ostturkestan, mit besonderem Fokus auf geschlechterspezifische Gewalt.

September 2022 Zwei Uigurinnen besuchen die Schweiz und berichten von der Haft in den Zwangslagern. Die Schweizer Öffentlichkeit reagiert äusserst betroffen.

September 2022 Die Rechtskommission des Ständerats nimmt eine Initiative an, die den Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative auf Zwangsarbeit ausweiten will.

September 2022 Die EU entwirft ein Lieferkettengesetz, das Produkte aus Zwangsarbeit verbietet. NGOs beurteilen das als wichtig, aber ungenügend. Die Schweiz hinkt immer mehr hinterher.

Arktis: Kriegstreiber Russland stösst auf indigenen Widerstand

Menschenrechtsarbeit im autoritären Russland war immer zäh. Doch seit dem Einmarsch in die Ukraine zerschlägt der kriegstreibende Kreml mit beispielloser Härte Medien, NGOs sowie aktivistische und indigene Strukturen. Die mutigen Partner:innen der GfbV organisierten sich jedoch neu und leisten hartnäckig Widerstand.



Foto: René Torres / GfbV

Die russischen Exil-Aktivist:innen Dmitry Berzhakov, Tjan Zaochnaya und Yana Tannagasheva.

Tätigkeiten

Seit 2021 übt die GfbV Druck auf staatsnahe Konzerne in Russland und verbandelte Schweizer Unternehmen aus und unterstützt ihre Partner:innen gegen staatliche Gewalt. Am 24. Februar marschierte Russland in die Ukraine ein. Gleichzeitig verschärfte Russland die Repression gegen Indigene. Zum Schutz ihrer Partner:innen löschte die GfbV sofort Web-Inhalte, die deren Identifikation zulassen. Einige Indigene flohen noch im März und gründeten das Exil-Netzwerk für Indigene Russlands, das ICIPR (International Committee of Indigenous Peoples of Russia).

Im Juli reisten ICIPR-Aktivist:innen an den UN-Expert:innenmechanismus für die Rechte indigener Völker (EMRIP) nach Genf. Gemeinsam mit der GfbV organisierten sie Podien sowie hochrangige diplomatische Treffen, wo sie zeigten, wie sowohl Krieg als auch Sanktionen Indigene überdurchschnittlich hart treffen. Russlands Repression zeigte sich sogar am EMRIP: Ein russischer Regierungsvertreter attackierte Yana Tannagasheva von der ICIPR-Delegation verbal auf grösste Weise.

Auch am UN-Forum für Wirtschaft und Menschenrechte im November forderte die GfbV gemeinsam mit Partner:innen die Einhaltung der Indigenenrechte und die Entkriminalisierung von indigenem Aktivismus.

Erfolge

Nach der Attacke auf Tannagasheva am EMRIP unterstützte die GfbV sie bei einer UNO-Beschwerde und vermittelte die Aktivist:innen an Schweizer Medien. Trotz widriger Umstände verstärkte die GfbV die Zusammenarbeit mit ihren Partner:innen und unterstützt das ICIPR finanziell und organisatorisch.

Ausblick

Die Lage bleibt für Russlands Indigene gefährlich. Deren Sicherheit hat höchste Priorität. Mit dieser Perspektive wird die GfbV das ICIPR beim Aufbau unterstützen, damit es eine essentielle Rolle wahrnehmen kann: russische Propaganda kontern, Menschenrechtsverbrechen aufdecken sowie den Kontakt zu Russlands indigenen Gemeinschaften aufrechterhalten. Weiter wird sich die GfbV dafür einsetzen, dass in der Debatte über den russischen Angriffskrieg die indigene Perspektive nicht aussen vor bleibt. Auch unterstützt sie die Aktivist:innen bei Sicherheitsfragen.

- Februar 2022** Am 24. Februar marschieren russische Truppen in einer Grossoffensive völkerrechtswidrig in die Ukraine ein.
- März 2022** Der Kreml lässt Proteste niederschlagen, verhaftet Aktivist:innen und geht gegen Medien und NGOs vor.
- März 2022** Exil-Indigene, darunter Partner:innen der GfbV, gründen ICIPR. Es ist ihre Antwort auf Repression, Zensur und die Unterwanderung von Indigenenorganisationen durch das Regime.
- Juli 2022** Die GfbV begleitet ihre Partner:innen zum wichtigsten UNO-Treffen für Indigenenrechte in Genf. Sie halten vielbeachtete Reden und schildern hochrangigen Diplomaten ihre Notlage.
- August 2022** ICIPR und die GfbV veröffentlichen einen Bericht zur Lage der Indigenen im Kontext von Krieg und Repression.
- November 2022** Eine indigene Delegation reist ans UN-Forum zu Wirtschaft und Menschenrechten nach Genf. Die GfbV organisiert deren Reise sowie Treffen mit Politik, Wirtschaft und Medien.

Die GfbV setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte ein, sei es, indem sie Unternehmen an ihre menschenrechtlichen Pflichten erinnert oder die Schweizer Politik zum Handeln auffordert. Einige dieser Momente im Jahr 2022 sind hier festgehalten. Manche machen Mut, andere zeigen deutlich auf, dass Menschenrechte noch immer nicht konsequent geachtet werden.



Gerichtsurteil zu Windturbinen

Das höchste norwegische Gericht hat den Åerjel Fosen Njarke Sijte (Angehörige der Sámi) Recht gegeben. Der Bau der Windkraftanlage auf Fosen verstösst gegen die Rechte der indigenen Gemeinschaft. Während die Folgen des widerrechtlichen Baus für die Sámi-Gemeinschaft immer stärker spürbar wurden, zeigt der Konzern Fosen Vind noch immer keine Absichten, den Forderungen nach Rückbau und Renaturierung nachzukommen.



Petition zur Konzernverantwortung

Die Koalition Konzernverantwortung reichte am 1. Dezember die Petition für ein verbindliches Konzernverantwortungsgesetz mit 217'509 Unterschriften ein. Das Gesetz soll Unternehmen verpflichten, Menschenrechte und Umweltstandards auch im Ausland einzuhalten. Die GfbV unterstützte die Petition, denn freiwillige Massnahmen allein reichen nicht aus, um Unternehmen zu einem sozial- und ökologisch verantwortlichen Handeln zu bewegen.



Schweiz im Uno-Sicherheitsrat

Die Schweiz wurde im Juni 2022 in den UNO-Sicherheitsrat gewählt. Die GfbV erinnerte an die damit einhergehende Verantwortung und sieht die Schweiz in der Pflicht, durch ihre Unterstützung von UN-Reformen und der Stärkung der Minderheiten- und Menschenrechte an einer wirkungsvolleren Friedens-, Menschenrechts- und Umweltpolitik mitzuarbeiten.



Zwangsarbeit China

2022 wurde eine parlamentarische Initiative zur Ausweitung der Sorgfaltspflicht angenommen: Unternehmen sollen ihre Handelsketten nicht nur auf Risiken in Verbindung mit vier Konfliktmineralien und Kinderarbeit prüfen, sondern auch auf das Risiko der Zwangsarbeit. Die GfbV begrüsst diesen Schritt und das zunehmende Bewusstsein für die verheerende Situation der Uigur:innen in Ostturkestan. Sie forderte den Bundesrat auf, weitere und mutigere Schritte zu unternehmen, um der Zwangsarbeit in Ostturkestan zu begegnen.



Bundesgerichtsurteil gegen Rassismus

Das Bundesgericht hat es definitiv bestätigt: Die beiden Co-Präsidenten der Jungen SVP Bern haben gegen die Rassismus Strafnorm verstossen. Konkret geht es bei dem Urteil um einen Facebook Post, in dem die beiden antiziganistische Darstellungen verbreiten und fahrende Sinti und Roma pauschalisierend abwerten. Die GfbV begrüsst das Urteil und erhofft sich eine richtungsweisende Wirkung im Umgang mit rassistischen Äusserungen in der Öffentlichkeit.

Finanzbericht

Die GfbV kann erneut auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Dank der soliden Eigenkapitalbasis ist die Liquidität sichergestellt. Ohne die grosszügige Unterstützung unserer Mitglieder, Spender:innen sowie Stiftungen und Institutionen wäre unsere Arbeit nicht möglich. Die GfbV bedankt sich an dieser Stelle ganz herzlich für diese Unterstützung. Sie ist darauf bedacht, die zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient und zielorientiert einzusetzen sowie sparsam zu wirtschaften.

Bilanz per 31. Dezember 2022

AKTIVEN	2022	2021
FLÜSSIGE MITTEL	1 114 747.98	1 155 562.97
FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN	3 878.18	3 267.29
AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	7 048.85	7 814.50
TOTAL UMLAUFVERMÖGEN	1 125 675.01	1 166 644.76
MOBILE SACHANLAGEN	9 171.75	19 478.40
TOTAL ANLAGEVERMÖGEN	9 171.75	19 478.40
TOTAL AKTIVEN	1 134 846.76	1 186 123.16

PASSIVEN	2022	2021
KURZFRISTIGES FREMDKAPITAL	68 556.96	57 236.42
PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	63 267.85	159 963.31
TOTAL KURZFRISTIGES FREMDKAPITAL	131 824.81	217 199.73
FONDSKAPITAL	76 723.92	22 794.74
TOTAL FONDSKAPITAL	76 723.92	22 794.74
ORGANISATIONSKAPITAL	938 758.69	817 094.67
JAHRESERGEBNIS	-12 460.66	129 034.02
TOTAL EIGENKAPITAL	926 298.03	946 128.69
TOTAL PASSIVEN	1 134 846.76	1 186 123.16

Betriebsrechnung vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022

ERTRAG	2022	2021
VERKAUFSERTRAG	848.80	596.70
MITGLIEDERBEITRÄGE UND SPENDEN	1 818 023.58	1 849 537.43
BEITRÄGE	200 169.06	117 826.80
ÜBRIGER ERTRAG	9 030.01	6 826.95
TOTAL ERTRAG	2 028 071.45	1 974 787.88

AUFWAND	2022	2021
KAMPAGNEN UND PROJEKTE	980 861.17	816 458.96
PERSONALAUFWAND	387 879.10	361 394.71
VERWALTUNGSaufWAND	106 946.40	104 975.59
MITTELbeschaffungsAufWAND	523 964.06	524 805.75
ABSCHREIBUNGEN	16 333.40	15 320.00
TOTAL AUFWAND	2 015 984.13	1 822 955.01
BETRIEBSERGEBNIS	12 087.32	151 832.87
FINANZERFOLG	-6 897.70	-5 150.33
PERIODENFREMDEr ERFOlg	28 908.90	52 000.00
ERGEBNIS VOR VERÄNDERUNG DES FONDSKAPITALS	34 098.52	198 682.54
FONDSERGEBNIS	-46 559.18	-69 648.52
JAHRESERGEBNIS	-12 460.66	129 034.02

Allgemeine Rechnungslegungsgrundsätze

Die Rechnungslegung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) erfolgt in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung Swiss GAAP FER 21 und Kern-FER und dem schweizerischen Obligationenrecht. Die Jahresrechnung vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Jahresrechnung 2022 wurde am 7. März 2023 vom Vorstand zu Handen der Mitgliederversammlung genehmigt.

Die vollständige Jahresrechnung mit dem Revisionsbericht kann bei der GfbV bestellt oder auf der Website unter www.gfbv.ch/jahresbericht heruntergeladen werden.

Leistungsbericht

Wer wir sind

Die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz setzt sich für die Rechte von Minderheiten und indigenen Gemeinschaften ein. Sie ist ein Verein gemäss dem Schweizerischen Zivilgesetzbuch und ist die Schweizer Sektion der Gesellschaft für bedrohte Völker International. Für das Jahr 2022 wurde kein Mitgliederbeitrag an die GfbV International bezahlt. Weitere Sektionen der GfbV International bestehen in Deutschland, Österreich, Südtirol/Italien und Bosnien-Herzegowina. In verschiedenen weiteren Ländern hat die GfbV Repräsentant:innen.

Was wir tun

- Wir unterstützen lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Gemeinschaften.
- Wir dokumentieren und ahnden die Verletzung kollektiver und individueller Menschenrechte und verlangen deren Aufklärung, Ahndung und Wiedergutmachung und suchen zusammen mit den betroffenen Gemeinschaften und allen Stakeholdern nach Lösungen.
- Wir vertreten die Interessen unserer Partner:innen gegenüber Behörden und Entscheidungsträger:innen, wo sie dies nicht selber machen können.

Die im Jahre 2022 durchgeführten inhaltlichen Aktivitäten, die erzielten Erfolge und der Ausblick sind im Jahresbericht beschrieben. Die finanziellen Erfolge sind entsprechend im Kapitel Finanzbericht aufgeführt.

Organisation

Unser Vorstand wird jeweils für zwei Jahre gewählt (Wiederwahl ist möglich) und besteht aus den folgenden Personen:

Lisa Mazzone (Präsidentin, gewählt bis 2024)
 Miges Baumann (Vizepräsident, gewählt bis 2024)
 Lea Ackermann (gewählt bis 2024)
 Göpf Berwerger (gewählt bis 2023)
 Melanie Gajowski (gewählt bis 2024)
 Marianne Helfer (gewählt bis 2023)
 Eva Schmassmann (gewählt bis 2023)

Theodora Peter ist als Vorstandsmitglied zurückgetreten. Sie hat von 2014 – 2022 in unserem Vorstand mitgearbeitet. Wir haben ihr Mitwirken sehr geschätzt und danken ihr für ihr grosses Engagement.

Der Vorstand traf sich 2022 fünf Mal und leistete insgesamt rund 150 unentgeltliche Stunden für die GfbV.

Im Verlaufe des Jahres 2022 arbeiteten bei der GfbV insgesamt 12 festangestellte Personen und 9 Praktikant:innen. Die Praktika dauern in der Regel 6–12 Monate.

Unsere Unterstützer:innen

Der grösste Teil der Einnahmen besteht aus Mitgliederbeiträgen und Spenden von Einzelpersonen. Ende 2022 hatte die GfbV rund 16'000 aktive Unterstützer:innen – etwa gleichviele wie im Vorjahr. Die Mitglieder- und Spender:innenwerbung dient gleichzeitig der Sensibilisierung der Öffentlichkeit gemäss Vereinszweck. Neue Mitglieder und Spender:innen werden mit Standaktionen, bei Veranstaltungen, an den Haustüren und über Briefpost angeworben.

Für verschiedene Kampagnen durften wir Spenden und Beiträge von Stiftungen und Organisationen entgegennehmen.

Die GfbV bedankt sich an dieser Stelle von Herzen bei allen Mitgliedern, Spender:innen, bei den Stiftungen und Organisationen für die grosszügige Unterstützung. Ohne sie alle wäre unsere Arbeit nicht möglich. Dem Vorstand, den Mitarbeiter:innen und den Praktikant:innen möchte die GfbV ebenfalls ein herzliches Dankeschön für ihren unermüdlichen Einsatz und enormen Enthusiasmus für die Menschenrechte aussprechen!

Verbünden Sie sich mit Minderheiten und Indigenen

durch eine
MITGLIEDSCHAFT



eine
SPENDE



oder eine
ERBSCHAFT



Werden Sie aktiv – unterstützen Sie uns!

Unser Engagement ist nur dank Ihrer Unterstützung möglich!
Vielen Dank für Ihren wertvollen Beitrag.

Spendenkonto: **IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1**



www.gfbv.ch/aktiv-helfen



Danke!